

Thesen zur Dissertation:
Linker Protest nach dem Deutschen Herbst
- Zur Repressionskritik und Selbstverständigung des linken Spektrums 1978/79

1. Die bundesdeutsche Linke war ausgangs der 1970er Jahre weder ideologisch noch organisatorisch konsistent. Sie kann am ehesten als politisches Spektrum beschrieben werden, dem sich Parlamentarier ebenso zurechneten wie Mitglieder außerparlamentarischer Parteien, Organisationen und Gruppierungen sowie unorganisierte politische Aktivisten aus sozialen Bewegungen und sogar bewaffnete Gruppierungen wie die Rote Armee Fraktion. Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Terrorismus setzte alle Teile des Spektrums unter Druck, sich von antistaatlichen bzw. staatsfeindlichen Haltungen zu distanzieren, um politisch handlungsfähig zu bleiben. Dies war nicht für alle Linken mit ihren politischen wie moralischen Grundsätzen vereinbar. Infolgedessen nahm die Ausdifferenzierung des Spektrums im Laufe der 1970er Jahre zu.

2. Der Deutsche Herbst, der fraglos den Höhepunkt in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Terrorismus darstellte, führte innerhalb der Linken im Wesentlichen zu zwei Einsichten: Zum einen, dass der bewaffnete Kampf keine gesellschaftlichen Fortschritte bringen würde. Zum anderen, dass der Staat selbst in einer Ausnahmesituation handlungsfähig und stabil genug war, um gesellschaftliche Veränderungsbedürfnisse unterdrücken zu können. Im Gegenteil sah sich die außerparlamentarische Linke durch den Deutschen Herbst verstärkt ihrer politischen Handlungsspielräume beraubt und damit als Verlierer der Auseinandersetzung zwischen Staat und Terrorismus. Aus diesen Einsichten heraus mobilisierte sich am Ende des Deutschen Herbstes zaghafter Protest: Auf der Beerdigung der RAF-Spitze am 27. Oktober 1977 forderten Trauergäste aus dem linken Spektrum, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung vor der Bedrohung durch Terrorismus und staatlichem „Gegen-Terror“ geschützt werden müsse. Einige unter ihnen sahen vor allem in der staatlichen Reaktion auf den Terrorismus ein gefährliches Unterdrückungspotential.

3. Im linken Protest, wie er in der Zeit nach dem Deutschen Herbst in Erscheinung trat, fand diese Repressionskritik noch deutlicheren Ausdruck. Sie war wie ein roter Faden, der sich durch drei aufeinander folgende Großveranstaltungen zog: Den *TUNIX-Kongress* im Januar 1978 in Westberlin, den *3. Internationalen Russell-Tribunal* im April 1978 in Frankfurt a. M. und im Januar 1979 in Köln sowie den *Internationalen Kongress für und über Rudolf Bahro* im November 1978 in Westberlin. Hinzu kamen verschiedene, zum Teil personell miteinander verwobene Initiativen, die gegen die Haftbedingungen „politischer“ Gefangener in der Bundesrepublik protestierten - u. a. auf den genannten Veranstaltungen.

4. Ein gemeinsamer Bezugspunkt dieser Protestphänomene war das „Modell Deutschland“. Der Wahlslogan, mit dem die SPD im Bundestagswahlkampf 1976 auf die internationale Vorbildwirkung der Bundesrepublik abzielte, wurde zur Projektionsfläche für alle negativen Empfindungen, die Linke mit staatlichen Institutionen verknüpften oder auf sie zurückführten. Im Mittelpunkt standen dabei weniger der Deutsche Herbst, sondern der Extremistenbeschluss und die Behandlung „politischer“ Gefangener – zwei Themen, die schon seit Anfang der 1970er Jahre Protest hervorriefen und sowohl die Initiatoren des *3. Russell-Tribunals*, als auch die *Gefangeneninitiativen* über das Jahrzehnt hinaus beschäftigten.

5. Obwohl in puncto Repressionskritik miteinander verbunden und in der Haltung zur SPD weitgehend einig, entfalteten sich die vier Protestphänomene unabhängig voneinander. Sie wurden aus verschiedenen Teilen des linken Spektrums heraus initiiert und vorangetrieben und spiegelten die Vielfalt der linken Parteien, Organisationen und Gruppierungen wider. Je nachdem, ob sie eher der parlamentarischen Linken nahe standen, oder sich als undogmatische oder dogmatische Linke außerparlamentarisch engagierten, akzentuierten sie auch ihre Repressionskritik mal mehr, mal weniger staatskritisch oder gar antistaatlich und räumten entsprechend verschiedenen Forderungen Priorität ein.

6. Demzufolge standen die vier Protestphänomene für verschiedene Modi, mit dem Deutschen Herbst umzugehen: Die Initiatoren des *3. Russell-Tribunals* und die *Gefangeneninitiativen* sahen in ihm die Bestätigung einer kontinuierlichen, menschenrechtsgefährdenden Entwicklung in der Bundesrepublik, auf die sie mit Rückendeckung internationaler Menschenrechtsaktivisten auf juristischem Wege reagieren wollten. Die *TUNIX*-Initiatoren empfanden den Deutschen Herbst dagegen eher als Eskalation: Die Verhärtung im Verhältnis zum Staat wollten sie mit Entkrampfung lösen und die verengten Handlungsspielräume mit Heiterkeit statt Verbitterung um neue erweitern. Auch den Initiatoren des *Bahro-Kongresses* ging es darum, das linke Spektrum aus der politischen Defensive zu befreien. Sie setzten auf einen Perspektivwechsel und wollten der Linken bewusst machen, dass die Menschenrechtssituation in der DDR und Osteuropa ernster war als jene in der Bundesrepublik. Die Kongressteilnehmer nahmen den Denkanstoß auf und einigten sich darauf, stärker gegen Repression in Ost und West vorzugehen und für den weltweiten Schutz der Menschenrechte einzutreten.

7. Im linken Protest nach dem Deutschen Herbst wurden mehr als nur Freiheitsbedürfnisse gegenüber der Staatsgewalt geltend gemacht: Die Protestveranstaltungen dienten auch als Plattformen, um eine spektrumsübergreifende Selbstverständigung, über ideologische Gräben und unterschiedliche Lebensstile hinweg, in Gang zu bringen. Damit hielt eine Entwicklung Einzug, die die neuen sozialen Bewegungen angestoßen hatten und die parallel im Zeitraum 1977/78 die Gründung Grü-

ner und Bunter Listen möglich machte. Auf dem *TUNIX-Kongress* versammelten sich Spontis und Alternative, die Gesellschaftsveränderung konfliktfrei leben wollten und sich dafür autonome Nischen schafften. In ähnlicher Weise diente der *Bahro-Kongress* seinen Teilnehmern und Initiatoren als eine Art Brücke: von der Suche Einzelner nach einer alternativen Sozialismustheorie hin zur gemeinsamen Annäherung an das ökologische Thema. Dass der Vereinheitlichung der Linken Grenzen gesetzt waren, zeigte dagegen das *3. Russell-Tribunal*, dessen Unterstützerbewegung gespalten blieb in jene, die im Kampf für Menschen- und Bürgerrechte die Nähe zur liberalen Öffentlichkeit suchten, und jene, für die der Staat weiterhin unter Faschismusverdacht stand. Im Beharren auf antistaatlichen Standpunkten gerieten sie, ebenso wie einige Parteien, Organisationen und Gruppierungen am äußersten linken Rand - darunter die *Gefangeneninitiativen* -, auf Dauer ins politische Abseits.